

Anfragen zum Plenum

in der 9. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht ihre Berechnungsgrundlage bezüglich der ausgesetzten Einzahlung in den Pensionsfonds aus, vor dem Hintergrund der von der Staatsregierung vertretenen Ansicht, dass eine Einzahlung in den Pensionsfonds wirtschaftlich nicht sinnvoll sei?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Verwarnungen sind wegen Verstößen gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften seit 2007 ausgesprochen worden, und wie viele Ordnungswidrigkeiten und Strafverfahren wegen Verstößen gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften (gelistet nach dem Initiator: Kreisverwaltungsbehörden, kreisfreie Städte, Staatsanwaltschaft, Polizei) wurden mit welchem Ergebnis eingeleitet?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass Dürers „Selbstbildnis im Pelzrock“ bereits innerhalb der „Alten Pinakothek“ in München z.B. wegen Umbaus mehrfach transportiert und umgehängt wurde, sind hierbei Schäden entstanden und sahen die Fachleute diese „internen“ Bewegungen des Bildes als unproblematisch an?

Sabine Dittmar
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Behörde hat das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) am 10. Dezember 2010 von den gravierenden Hygienemängeln bei Müller-Brot informiert, unter welchen Voraussetzungen wird das StMUG im Allgemeinen über Auffälligkeiten bzw. Verstöße im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung informiert und für welche Behörde besteht Informationspflicht gegenüber dem StMUG?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem die Staatsregierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage zum Plenum zur „Sperrliste Alte und Neue Pinakothek“ zwei Teilfragen ohne Angabe einer ausreichenden Begründung vom 13. Februar 2012 nicht beantwortet hat, frage ich die Staatsregierung, welche Begründung (konservatorische oder andere; Fälle anonymisiert, aber einzeln auflühren) zur Aufnahme der Werke in die Sperrliste geführt hat, wer diese Sperrliste beschlossen hat und

ob es seit dem Bestehen der Liste, also seit 1970, Werke gab, die zur Ausleihe freigegeben wurden, obwohl sie mit einem Sperrvermerk versehen waren?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Auswirkungen hatten die massiven Alarmierungs- und Kommunikationsprobleme der Integrierten Leitstelle (ILS) Würzburg für die Landkreise Kitzingen, Main-Spessart und Bad Kissingen und welche Maßnahmen sind notwendig, um das System der ILS fehlerfrei und voll einsatzfähig in den einzelnen Feuerwehren nutzen zu können und warum wurden seit der Einrichtung der ILS nicht auch die entsprechenden technischen Voraussetzungen zeitgleich bei den einzelnen Feuerwehren vor Ort geschaffen?

Dr. Andreas Fischer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde trotz des am 14. Dezember 2010 beschlossenen Antrags der FDP- und CSU-Landtagsfraktionen vom 19. Oktober 2010 betreffend Gebührenbelastung der Bürger im Waffenrecht nicht erhöhen (Drs. 16/6768) das Kostenverzeichnis zum Kostengesetz immer noch nicht dem Landtagsbeschluss entsprechend geändert, obwohl das Staatsministerium des Innern bereits am 15. Februar 2011 abschließend über den Vollzug des Landtagsbeschlusses Bericht erstattet hat und wann wird dies endlich erfolgen?

Anne Franke
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Ankündigung eines Ministerialrats des Staatsministeriums der Finanzen, dass die Bayerische Seenschifffahrt bestrebt sei, einen ausreichenden Nichtrauchererschutz durch die Einrichtung eines speziellen Raucherbereichs am Heck des Schiffes zu gewährleisten, um insbesondere Kinder nicht dem Tabakrauch auszusetzen, auch im April zur beginnenden Schifffahrtssaison umsetzen wird?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelte sich der Holzeinschlag quantitativ im Forstbetrieb Ebrach von 2007 bis heute und wie viele Laubbäume mit einem Brusthöhendurchmesser (BHD) größer 80 cm wurden in 2011 und 2012 gefällt?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Planungen hat sie für das Asylbewerberheim in Dachau nach dem 31. Dezember 2012, wenn die Baugenehmigung für die Wohnbaracken abläuft?

Eike Hallitzky
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit hängt die Einführung eines Stundentaktes zwischen Mühldorf und Freilassing am Bau des dritten Gleises von Freilassing nach Salzburg, wie der Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil, in einem Brief an den Landkreis Berchtesgadener Land geschrieben hat, inwieweit rührt die Behinderung des Güterverkehrs zwischen Mühldorf und Freilassing aus der Auflasung der Kreuzungsmöglichkeit in Tittmoning, und in welchem Rahmen soll der Stundentakt zwischen Mühldorf und Freilassing ausgeschrieben werden?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wann kann der dritte Autobahnanschluss in Dingolfing realisiert werden und ist die Finanzierung des Bundesanteils sowie der Zuschüsse nach dem Gemeindever-

kehrfinanzierungsgesetz(GVFG) und dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) gewährleistet?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen ist es aus ihrer Sicht nicht möglich, den Landesbankanteil der GBW-Wohnungen in eine Landesstiftung zu übernehmen, mit welchen Aufgaben genau wurde im Zusammenhang mit dem angestrebten Verkauf der GBW-Wohnungen die Investmentbank Lazard beauftragt, und welche Rahmenbedingungen und Anforderungen sollen bei der Wertermittlung und dem angestrebten Verkauf der GBW zugrunde gelegt werden?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf Grundlage welcher prognostizierter Zahlen wurde die Gründung einer Fachakademie für Sozialpädagogik in Tirschenreuth in einem Schreiben vom 27. Januar 2012 des Staatsministers für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, an den Bürgermeister der Stadt, auch mit Blick auf den weiterhin hohen Bedarf an ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, abgelehnt?

Ulrike Müller
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Widersprüche gegen die Auszahlungsbescheide zur Betriebsprämie sind bei den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Zeitraum Januar 2010 bis Ende Januar 2012 eingegangen, aufgliedert nach Jahren und Regierungsbezirken?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum verlangt die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) bei Ausschreibungen von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr die Anerkennung der Beförderungsbedingungen der Deutschen Bahn AG (BB DB) und die Anerkennung von Verbundtarifen, wenn kein Regime zur sachgerechten Zuschneidung von Fahrgeldeinnahmen existiert, welche Anstrengungen unternimmt die BEG, um zeitnahe Abrechnungsfristen zu erreichen, und wieso behauptet das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 13. Februar 2012 des Kollegen Eike Hallitzky, dass der Freistaat als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr keinen Einfluss auf Einnahmeaufteilungsverträge und bilaterale Tarif- und Vertriebskooperationen habe, obwohl der Freistaat Verhandlungspartner bei der Neuregelung der Einnahmeaufteilung für den Verkehr im Bereich des Münchner Tarif- und Verkehrsverbundes ist?

Christa Naaß
(SPD)

Nachdem ab Januar 2012 den deutschen Vertragslehrkräften an der Privaten Volksschule der Republik Griechenland in Nürnberg weitere 3 Prozent von den schon verminderten Gehältern abgezogen werden, frage ich die Staatsregierung, ob sie sich wirklich mit dem Antwortschreiben des Generalkonsulats vom 24. Januar 2012 zufrieden gibt, in dem mitgeteilt wurde, dass mit einer Nachzahlung an die von Kürzungen betroffenen Lehr- und Verwaltungskräfte nicht zu rechnen sei und erst der Ausgang der arbeitsgerichtlichen Verfahren abgewartet werde und ob aufgrund der ent-

standenen schulrechtlichen Fragestellungen die Genehmigungsbescheide mit entsprechenden Auflagen ergänzt werden?

Maria Noichl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kamen die Stellungnahmen der am Verfahren beteiligten Behörden (Untere Naturschutzbehörde, Wasserwirtschaftsamt, Bergamt Süd) zu der geplanten Erdgasbohrung am Langbürgner See in Oberbayern, besonders unter Berücksichtigung des dort seit über 70 Jahren bestehenden Naturschutzgebietes und sieht die Staatsregierung darin die besondere Schutzwürdigkeit des Gebietes als erfüllt?

Karin Pranghofer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen belastbaren Ergebnissen und Lösungen für die von Fluglärm belasteten Bürgerinnen und Bürger in der Region Bayerischer Untermain haben die vom Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil, in der lokalen Presse („Main-Echo“ vom 28. Januar 2012) angekündigten Gespräche mit den zuständigen Ministerien in Hessen und das direkte Gespräch mit seinem hessischen Amtskollegen geführt und welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung am Bayerischen Untermain hat die Staatsregierung bisher in Gang gesetzt?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

In den letzten Wochen wurden in Bayreuth wiederholt Aktivitäten einer Neonazi-Gruppierung „Aktionsgruppe Bayreuth“ sichtbar, die mit Flugblätterverteilung, Aufkleberaktionen und mit Artikeln auf ihrer Internetseite an die Öffentlichkeit trat, deshalb frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse über diese Gruppe vorliegen, wie groß ihr Personenkreis ist und welches Vorgehen die Staatsregierung bezüglich der „Aktionsgruppe Bayreuth“ geplant hat?

Markus Reichhart
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels beabsichtigt, die Anreize für eine Meisterausbildung zu verbessern (beispielsweise durch verstärkte Übernahme von Kosten, die im Zusammenhang mit der Meisterausbildung und -prüfung entstehen), welche Möglichkeit sie sieht, die Attraktivität der Meisterausbildung im Vergleich zur staatlich finanzierten akademischen Bildung zu steigern und welchen Meistermangel sie für den Freistaat bei einem Ausbleiben von zusätzlichen Förderungen kurz-, mittel- und langfristig prognostiziert?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, sind nach ihrer Auffassung bzw. ihrem Wissen Aufwendungen für Fenstersanierungen an Verwaltungsgebäuden der öffentlichen Hand, bei denen 40 Jahre alte Fenster ausgewechselt werden durch Fensterelemente, die mindestens dem Stand der Technik entsprechen, als Aufwendungen im Ergebnishaushalt oder aber als Aufwendungen im Finanzhaushalt zu verbuchen und wie sind grundsätzlich energetische Sanierungen von Fassaden und von Dächern, welche für erhebliche Einsparungen an Heizenergie sorgen, zu verbuchen?

Theresa Schopper
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bahnhöfe der gesamten S-Bahnstrecken im Großraum München sind noch nicht barriere-

frei zugänglich, und bis wann werden die jeweiligen Bahnhöfe barrierefrei umgebaut?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit die Neuerung im Verbraucherinformationsgesetz, nach welcher Verstöße bei einem zu erwartenden Bußgeld von mindestens 350 Euro zu veröffentlichen sind, verbraucherfreundlich umsetzen, wird die Höhe des Bußgeldes auch zukünftig im Ermessen der Kreisverwaltungsbehörde liegen und wird es einen einheitlichen Bußgeldkatalog geben, der sowohl Größe und Umsatz des Unternehmens sowie die Art des Verstoßes berücksichtigt?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche schwerwiegenden Gründe sieht sie als gegeben, um für den Verkauf der ehemaligen Staatsforstgrundstücke in den Gemarkungen Ziegelstein (Flurnummer 435) und Großbreuth h.d. Veste (Flurnummer 454), die laut Umweltatlas der Stadt Nürnberg zur Kategorie „Stadtbiotop“ zählen und auf denen u.a. fünfzehn 150-jährige Eichen mit einem Stammdurchmesser zwischen 30 bis 60 cm stehen, den Vorrang des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach Art. 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG), nach dem der Freistaat zur ökologischen Bewirtschaftung besonders wertvoller Grundstücke verpflichtet ist, aufzuheben, aus welchen Gründen sieht die Staatsregierung eine Missachtung von Art. 1 Sätze 4 und 5 BayNatSchG hinsichtlich der genannten Grundstücke als unproblematisch, obwohl der Verkauf zum Zweck der Reihenhausbebauung erfolgt und inwieweit sorgt die Staatsregierung dafür, dass nach einem Verkauf der gesetzliche Vorrang der Naturschutzzwecke gewahrt werden kann?

Claudia Stamm
(GRU)

Aufgrund der Forderung nach einem zusätzlichen Standort für einen Rettungshubschrauber im westlichen Mittelfranken, die eine breite Unterstützung der lokalen Politik und in der Bevölkerung erfährt, da in Westmittelfranken der letzte „weiße Fleck“ in ganz Bayern ist, frage ich die Staatsregierung, wo ihrer Ansicht nach der optimale Standort für dieses unterversorgte Gebiet wäre, erwägt sie ernsthaft einen Standort in Baden-Württemberg zu favorisieren und mit wie vielen Einsätzen rechnet die Staatsregierung (aufgeschlüsselt nach den ersten sieben Jahren)?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Polizei bei Busunternehmen, die Personen, die gegen Rechts demonstrieren wollen, zu einer Versammlung bringen sollen (wie beispielsweise zur Demonstration am 13. Februar 2012 nach Dresden), die Anzahl der zu transportierenden Personen abfragt, gegebenenfalls gekoppelt mit Warnhinweisen hinsichtlich eines vermuteten gewalttätigen Verlaufs der Veranstaltung und wenn ja, gehört diese Form der Abfrage – die ja auch bei den Veranstalterinnen bzw. Veranstaltern selbst erfolgen könnte – plus der „Aufklärung“ über mögliche Veranstaltungsverläufe zum polizeilichen Standard im Vorfeld von Demonstrationen und hält die Staatsregierung derartige Abfragen und Warnhinweise angesichts des Erstarkens der

rechtsextremen Szene für hilfreich, nachdem diese zu Rückzuehnen bei den Busunternehmen führen könnte, wodurch die Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement beeinträchtigt würden?

Simone Tolle
(GRU)

Nachdem nun um die Zwischenlager der Atomkraftwerke in Bayern Mauern errichtet werden sollen und so auf eine geänderte Gefahrenlage reagiert werden soll, frage ich die Staatsregierung, ob und wie sie nun tätig werden will, um einen Überflug von Kampfflugzeugen am Atomkraftwerk Grafenrheinfeld in der Zukunft zu unterbinden?

Ludwig Wörner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, von wie vielen weiteren auffälligen Kontrollen in der amtlichen Lebensmittelüberwachung hat das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit zur Zeit Kenntnis, um welche Verstöße handelt es sich und welche Maßnahmen werden ergriffen?